

# Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,40 Mark, jährlich 6,40 Mark. Im Falle höherer Gewalt (Krieg, etc.) sonstiger Veränderungen des Betriebes der Zeitung, der Lieferanten od. d. Verlagsverhältnisse hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

## Unterhaltungs- und Anzeigebblatt

Anzeigenpreis: Die kleinstmögliche Zeile oder deren Raum wird mit 25 Pfg., auf der ersten Seite mit 50 Pfg. berechnet.  
Anzeigen werden an den Erscheinungstagen bis spätestens vormittags 10 Uhr in die Geschäftsstelle eingebracht.  
Jeder Anspruch auf Nachschick, wenn der Anzeigenbetrag durch Rüge eingezogen werden muß oder wenn der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Postfach-Anschluß: Amt Herrnsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postfach-Konto: Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck und Verlag: Hermann Kühle, Groß-Okrilla

Nummer 41

Sonntag, den 6. April 1919.

18. Jahrgang.

### Amtlicher Teil.

#### Bekanntmachung.

Bestandsaufnahme des leeren und unbenutzten Wohnraumes findet am 6. April d. s. J. statt.

Die von Mitgliedern des Ortsausschusses zur Verteilung kommenden Grundstücklisten sind von den Hauseigentümern bez. Stellvertretern gewissenhaft auszufüllen und zur Abholung bereit zu halten.

Die in jeder Grundstückliste beigedruckte Anleitung zur Ausfüllung ist sorgfältig zu beachten.

Die Erhebung erfolgt für den Wohnungsverband Dresden-Neustadt.

Wer sich weigert, die vorgeschriebenen Angaben zu machen oder wer vorsätzlich wahrheitswidrige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu 1000 M. bestraft.

Ottendorf-Morisdorf, am 3. April 1919.

Der Gemeindevorstand.

### Allgem. Ortskrankenkasse Kloßsäge u. Umg.

Die Verwaltung unserer Zahl- und Meldestelle Ottendorf wird vom 1. April 1919 ab in dem bisherigen Umfang durch Frau

Gertrud Hollashy, Ottendorf-Morisdorf, Radeburgerstr. 105/106, wahrgenommen.

Fernsprechanschluß: Amt Herrnsdorf Nr. 38.

Kloßsäge, am 1. April 1919.

Der Kassenvorstand.

Stelzer,  
Vorsitzender.

### Neuestes vom Tage.

Dem „Berliner Tagblatt“ wird aus Hamburg gemeldet: Während in Deutschland überall große Not und Mangel herrschen, sind im Hamdamer Freiwirtschaftsgebiet von der Preisverwaltung noch jetzt riesenhafte Mengen von Lebensmitteln, vor allem Butter, Speck, Schinken, Fleisch, Kanarienvogel, Erdbeeren, Bohnen, Haisfleisch, Grieben, Reis, Weizen usw., in ganzen Schiffsladungen aufgestapelt, die zum Teil sich in Gefahr des Verderbens befinden. Trotz dieser riesigen Gefahr hat die Verwaltung der Vorräte, obwohl die Preisverbände fast vollständig aufgelöst sind, bis jetzt alle Anregungen, diese Lebensmittel für die Zivilbevölkerung freizugeben, ehe sie ungenießbar werden, taube Ohren entgegengebracht. Infolge einer Denkschrift, die von einer von der Delegiertenversammlung aller Hamburger Truppenteile eingesetzten Untersuchungskommission an das Reichswehramt in Berlin, an das Generalkommando des 9. Armee-Korps in Schwerin, an die Intendantur in Altona und an das Hamburger Kriegsversorgungsamt gerichtet worden war, werden nun endlich von den in Hamburg lagernden Vorräten an Schinken und Speck demnachst in Hamburg und Groß-Berlin je 250.000 Pfund verteilt werden. Ferner erhalten Hamburg, Lübeck und Bremen in diesen Tagen 600 Tonnen Fleischkonserven. Auch andere Großstädte sollen ähnlich versorgt werden. Gegen einer weiteren Freigabe sträubt sich die Intendantur trotz der in Hamburg herrschenden Erregung. Sie erklärt, sie habe zur Prüfung der Bestände eine von ihr eingesetzte Kommission beauftragt. Das wird natürlich wieder monatelang dauern und bis dahin werden weitere große Mengen von Lebensmitteln ungenießbar geworden sein.

Es ist einwandfrei festgestellt, daß die spartakistische Bewegung in den jüngsten Tagen durch ganz bedeutende Geldmittel aus Ausland verstärkt worden ist und kräftig am Werke ist. Die spartakistische Agitation arbeitet besonders mit dem Hinweis auf die bolschewistischen Erfolge in Ungarn und erklärt, daß in wenigen Wochen auch die tschechoslowakische Republik dem Bolschewismus verfällt. Von da erhofft man die endgültige Bolschewisierung Bayerns. Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, ist bereits der Diktator der ungarischen Räterepublik, Bela Kun, mit großem Gefolge in einem besonderen Salonwagen in München eingetroffen. Sein Wagen lief bemerkenswerterweise in dem sogenannten Ententezuge mit, der die Verbindung zwischen Ungarn, Österreich und dem Deutschen Reich herstellt.

Stuttgart. Nach dem amtlichen Bericht der Staatsregierung ist es im Vorort Döbeln und in Cannstadt

zu Kämpfen gekommen. In Döbeln ist eine Patrouille von acht Mann überfallen worden. Ein Mann blieb mit durchschüttelter Kehle tot liegen, ein zweiter wurde durch Augenschuß schwer verletzt; sein Zustand ist hoffnungslos. Die anderen sechs Mann sind spurlos verschwunden. In Cannstadt konnten sich die Spartakisten eines Lagers von Handgranaten bemächtigen und dadurch in Cannstadt mehrere Kämpfe liefern. Eine Patrouille wurde dort angegriffen und ihr Führer schwer verletzt, später auch ein Panzerautomobil, wobei es tote und Verwundete gab, außerdem nachmittags eine fahrbare Feldküche, deren Besatzmannschaft die Angreifer abschlachten. Bei einer Schießerei, die sich abends 8 Uhr in der Langen Straße in Stuttgart abspielte, blieben zwei Mann tot.

Wien. Der Verkehr für die eigene Versorgung ist wieder freigegeben worden. Der Baseler Korrespondent des neuen Wiener Journals erzählt Einzelheiten über die Wiener Verhandlungen und sagt, der Verband bietet Deutschland für den Fall des Verzichts auf den Anschluß und der Anerkennung internationaler garantierter Neutralität: 1) den Deutschen Südböhmen das Böhmerwaldgebiet, 2) Deutsch-Südmähren mit Znaim und Nikolsburg, ferner 195 Gemeinden mit vier oder fünf Zuckerfabriken, 3) Deutsch-Böhmern mit einer halben Million Einwohnern und dem besten Gemüsegebiet für die Versorgung Wiens, 4) Deutsch-Südtirol bis Salurn, welches bei Tirol bleiben soll. Der Verband ist ferner bereit, Kredite für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutsch-Österreichs zu gewähren. Der leitende Gedanke ist hierbei, Deutsch-Österreich Selbstversorgung wenigstens bis zu einer gewissen Grenze zu gewährleisten. Dieser Antrag wird durch England, Frankreich, Amerika vorgelegt. Italien ist einweilen dagegen. Es liegen gewisse machen bindende Offerten der Großmächte an Deutsch-Österreich vor.

Eisen. Die streikenden Bergleute haben das Kraftwerk der Zeche „Steinrade“ stillgelegt, wodurch eine Reihe von industriellen Betrieben zur Betriebs Einstellung gezwungen worden ist. Im hiesigen Bergrevier, wo man sich dem Streik gegenüber ablehnend verhält, liegen sämtliche Zechen still. Die Straßenbahnen stehen in den Industrievierteln nur vor ihrer völligen Betriebs Einstellung. Bezeichnend ist, daß schon heute fortgesetzt Dampfer mit amerikanischer Kohle bei Duisburg rheinaufwärts fahren, um die Schweiz mit Kohlen zu versorgen, da die amerikanische Kohle schon heute von der Schweiz zu billigeren Preisen bezogen werden kann als die Kohle des Ruhrreviers.

### Deutsches und Sächsisches.

Ottendorf-Okrilla, 2. April 1919

Die am gestrigen Abend stattgefundene Gemeinderatsitzung war von einer außergewöhnlich zahlreichen Teilnehmermenge besucht, jedoch sah der Raum schon nahezu als zu klein an. Herr Gemeindevorstand Richter eröffnete die Sitzung und teilte als ersten Punkt mit, daß der Einspruch des Garobesheimers Schramm gegen die Gemeinderatswahl als unberechtigt zurückgewiesen worden ist. Eine Verordnung des Wirtschaftsministeriums, die Wahl von Bauern- und Landarbeitern betr., wurde für unseren Ort als nicht notwendig betrachtet und von der Ausschreibung einer Wahl abgesehen. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß bei der Wertung der Steuer eine erhöhte Staffelung vorgenommen worden sei, die von nun an ihre sinngemäße Anwendung finden soll. Zu der Wohnungsverbands-Versammlung heißt die Gemeinde 7 Stimmen, die durch die gewählten Vertreter Lehmann und Lohrich und dem Gemeindevorstand ausgeübt werden sollen. Das Zivil-Zwangsgesetz brachte der Vorsitzende in seinen Grundzügen zur Verlesung, es entspann sich hierüber eine längere Aussprache und wurde beschlossen, mit deren endgültiger Festlegung den Bauauschuss zu beauftragen. Nachdem die beiden Gemeindevorstände ihr Amt niedergelegt haben, machte sich eine Neuwahl notwendig. Hierzu brachte der Vorsitzende eine Eingabe des Gewerbevereins zur Verlesung, in welchem darum gebeten wurde, daß, wenn möglich, doch ein Gewerbebetrieblender Berücksichtigung finden möge. Herr G. B. Richter brachte den früheren Gemeindevorstand zum Vorschlag. Herr Lehmann erklärte hierauf, daß von Seiten seiner Partei auf den Vorschlag eines ersten Gemeindevorstandes Anspruch erhoben würde und brachte Herrn August Piehsch in Vorschlag, dessen Wahl einstimmig erfolgte. Auf gestellten Antrag des Herrn Tamme wurde die Wahl eines zweiten Gemeindevorstandes, für den der frühere Gemeindevorstand Herr Gustav Thieme in Vorschlag gebracht

wurde, bis zur nächsten Sitzung vertagt. Die Erhebung von Festwechsel-Abgaben beim Kauf des hiesigen Gaswerkes, da andere Gemeinden mit daran beteiligt sind, wurde beschlossen. Die Baugesuche der Frau verm. Barthel und des Herrn Krebs fanden bedingungslos Genehmigung, die des Herrn Ostar Schmidt und Otto Kühne unter den üblichen Bedingungen, Abgabe von Land für Straße und Fußweg, genehmigt. Ein Besuch der Gemeinde Kleinokrilla, den Besitzer Roy Herrich, Bergstraße, zur Anlage von Fußwegen anzuhalten, fand dahin Erledigung, daß der Amtshauptmannschaft mit der Regelung der Angelegenheit betraut werden soll. Ein Besuch der Einwohner Lorenz und Scheffler um Stellung von Defen in den ihnen zugewiesenen Wohnungen fand dahin Erledigung, daß von Seiten der Gemeinde auf Kosten der betreffenden Hauseigentümer Defen gestellt werden sollen. Die Gemeinde ist erucht worden, einen Desinfektor ausbilden zu lassen. Es wird beschlossen, von der Ausbildung abzusehen, da ein geprüfter Desinfektor bereits vorhanden ist. Herr Beger richtet an die Gemeinde das Ersuchen zur Schaffung eines Bades, diese Anregung fand allseitige Unterstützung und soll der Bauauschuss mit der Weiterverfolgung Sorge tragen. Herr Lehmann weist noch darauf hin, daß recht bald mit der Kohlenversorgung begonnen werden möge, da sicher Mangel und auch erhöhte Preise später eintreten würden. Hierauf geheime Sitzung.

Auslandsmarmelade-Verteilung. Auf Grund der Bekanntmachung vom 29. Januar 1919 werden in der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt einschließlich der Stadt Radeberg Abschnitt 6 der weißen Brotausfuhrkarte mit 250 Gramm Auslands-Marmelade, Abschnitt 6 der roten Brotausfuhrkarte mit 125 Gramm Auslands-Marmelade beliefert.

Von den für die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt auf die Zeit vom 16. März bis 12. April 1919 ausgegebenen Nahrungsmittelkarten werden beliefert: Abschnitt 3 der gelben Karte A mit 250 gr. Haferfabrikaten und 250 gr. Graupen, Abschnitt 3 der roten Karte B mit 625 gr. Graupen, Abschnitt 3 der grünen Karte C mit 500 gr. Graupen, Abschnitt 3 der blauen Karte D mit 250 gr. Haferfabrikaten und 250 gr. Graupen.

Auch ein Jubiläum. In diesem Jahre vollenden sich 75 Jahre, daß wir in Sachsen Raucherfreiheit haben. Bis dahin durfte sich niemand mit brennender Zigarre oder Pfeife auf der Straße sehen lassen — bei Strafe.

Kloßsäge. Am Dienstag abend in der 8. Stunde hat sich zwischen Fuchsberg und Gasanstalt vom Königsbrüder Zug ein junges Mädchen von ca. 20 Jahren tödlich überfahren lassen. Der Leichnam ist bis zur Unkenntlichkeit zerstückelt, sodass ein Erkennen unmöglich ist. Bei der Leiche wurden zwei Taschentücher, eines mit den Buchstaben H. B. und eines mit Monogramm M. vorgefunden.

In Dresden hat ein Kongreß der Arbeiterräte der Arsenalen Sachsens stattgefunden, der von 120 Delegierten besucht war. Der Berichterstatter Süh-Dresden wies darauf hin, daß die überspannten Lohnforderungen die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe in Frage gestellt hätten. Große Erfolge hätte die bei der Feldzeugmeisterei errichtete Preisprüfungsstelle erzielt, die schon in 13 Fällen nahezu 900.000 Mark als zuviel gezahlt festgestellt hätte; Die Summen müßten von den Firmen zurückgezahlt werden. Wirtschaftminister Schwarz legte gleichfalls die schlimmen Wirkungen dar, die von überspannten Lohnforderungen ausgehen. Er wies darauf hin, daß in jüngerer Zeit ein vom Ausland nach Sachsen gegebener Auftrag in Höhe von 250.000 Mark deshalb zurückgezogen worden ist, weil England die gleiche Ware für 135.000 M. liefern konnte.

Von Leipzig aus war die Anregung ergangen, die Apotheken zu sozialisieren. Bei den verkäuflichen Apotheken beruht die Konzession nicht auf der Person, sondern auf der Apotheke. Bei den unverkäuflichen Apotheken dagegen ruht die Konzession auf der Person des Inhabers und erlischt bei seinem Tode oder bei Aufgabe des Geschäfts. Der einzig gangbare Weg der Sozialisierung scheint die Kommunalisierung zu sein und hierzu scheinen sich besonders die unverkäuflichen Apotheken zu eignen. Die Gelegenheit ist insofern auch günstig, als wie geschrieben wird, viele Konzessionen augenblicklich ruhen (es sollen gegen 21 sein). Diese Konzessionen könnten von den Gemeinden erworben und dann die Apotheken an geeignete Personen verpachtet werden.

